DKP

BERGEDORFER UTSICHTEN

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg-Bergedorf

Ausgabe **4/2016**

Personalmangel kostet Leben

Mangelhafte Personalbemessung in Krankenhäusern

In der Pflege wird durch Unterbesetzung mit Pflegekräften viel Geld verdient. Reicht das Zauberwort Mindestpersonal- bemessung, um Abhilfe zu schaffen?

Die Kolleginnen und Kollegen der Berliner Charité sagen: „Mehr von uns ist besser für alle“.

Das sind die heutigen Bedingungen, unter denen Krankenschwestern, Pfleger und auch Ärzte arbeiten müssen. Und unter denen Patienten zu leiden haben.

Fallpauschalen-System

Im Fallpauschalen-System, auf englisch DRG genannt, wird genau festgelegt, welcher Patient mit welcher Diagnose welche Behandlung zu erfahren hat und was der Preis dafür ist. Das System wurde auf Druck einer großen Koalition aus Pharma- und Medizintechnikkonzernen mit den Meinungsmachern und Sparpolitikern der 90er Jahre mit Hilfe ihrer großen Lügenstory „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ durchgesetzt. Der Preis setzt sich letztlich zusammen aus der Arbeitskraft, die notwendig ist, um dem Patienten eine bestimmte Behandlung angedeihen zu lassen. Es liegt auf der Hand, dass in unserem kapitalistischen System die Krankenhäuser versuchen, entweder so viele gleiche und schnell abzuarbeitende DRG-Fälle wie möglich einzuheimsen oder den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken. Das bedeutet im Krankenhaus, wenig Pflegepersonal für viele Patienten einzusetzen.

Arbeitsbedingungen verbessern

Die Krankenschwestern und Pfleger spüren diesen Zusammenhang täglich. Mehr Geld wäre gut, aber vor allem müssen sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Sie können nicht das auffangen, was eigentlich ein ganzes Team machen müsste. Es ist so offensichtlich, dass der Kampf um eine bessere Personalbemessung geführt werden muss. Für gute Arbeit und gute Pflege.

In anderen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen ist eine Personalbemessung selbstverständlich und sogar gesetzlich geregelt. Im Hamburgischen Schulgesetz wurde genau festgelegt wie viele Schüler an welcher Schulform maximal in einer Klasse durch einen Lehrer unterrichtet werden dürfen. Dies wurde „freiwillig“ vom staatlichen Arbeitgeber als sogenannter „Schulfrieden“ beschlossen, als die Gefahr bestand, dass das mühsam austarierte Klassentrennungssystem durch die Ansprüche elitärer Eltern ins Wanken geriet. Wie können wir als Patientinnen und Patienten den Kampf um die Einführung einer tariflich abgesicherten Personalbemessung im Krankenhaus unterstützen?

Ganz einfach: Fragt bei einem anstehenden Krankenhauufenthalt nicht nur nach dem ärztlichen Ruf des Hauses, sondern auch danach, wieviel Pflegepersonal dort für einen Patienten zur Verfügung steht. Wie ist der Personalschlüssel? Wie sieht er in der Nacht aus? Denn es nützt einem Patienten schließlich nichts, wenn er zwar gut operiert, aber anschließend nicht vernünftig versorgt und durch Komplikationen auf Grund fehlender Versorgung oder Hygiene in einem schlimmeren Zustand aus dem Krankenhaus entlassen wird.

Mehr von uns ist besser für alle

Dadurch werden die Krankenhausbetreiber an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen: die Gewinnung möglichst vieler Patienten. Das hilft den Kolleginnen vor Ort, ihren Druck auf Krankenhausleitungen, Träger und Gesundheits- kapitalisten zu erhöhen, eine eindeutige und verbindliche Personalbemessung für die Schichtdienste auch in Tarifverträgen festzulegen.

DKP Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst HH

Gastbeitrag

Wohnungsnot in Hamburg

Wahrscheinlich gibt es in Hamburg ausreichend Wohnungen. Es fehlt jedoch für zu viele Menschen bezahlbarer Wohnraum. Wer einmal bei der unwürdigen "Besichtigung" einer bezahlbaren Wohnung dabei gewesen ist, kennt das Problem. Wohnungslosigkeit ist in erster Linie ein Ergebnis von Verarmungs- und Ausgrenzungsprozessen benachteiligter Menschen. Die Wohnungskatastrophe trifft die Ärmsten in unserer Stadt am härtesten, MigrantInnen, Behinderte, Kranke und Obdachlose. Es gibt kein Recht auf eine bezahlbare Wohnung. Dies ist eine Schande!

Es sind etwa 380.000 Haushalte in Hamburg, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Deren Zahl sinkt aber von Jahr zu Jahr, seit 2000 von etwa 150.000 auf nunmehr ca. 86.000 Sozialwohnungen (BZ vom 22.11.2016). Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung als neue gebaut werden. Es gibt also nicht zu wenig Wohnungen, sondern zu wenig bezahlbaren Wohnraum. „Menschen mit Dringlichkeitsschein oder auch mit normalen §5-Schein haben schon heute wahnsinnige Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden.“ sagte Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete der Linken, am 9. November 2016.

Lösungen zur Abwendung dieser unwürdigen Situation für viele Menschen, die meist dazu gezwungen sind, einen viel zu hohen Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung auszugeben, gibt es schon lange. Doch der rotgrüne Senat nutzt sie nicht. Stattdessen sollen nun städtische Grundstücke zu einem Sonderpreis an Investoren abgegeben werden, die durch serielles Bauen und Typenhäuser einen Erstellungspreis von 1.800 € pro Quadratmeter versprechen und dafür dann 5 Jahre nur eine Miete von 8 € pro Quadratmeter nehmen dürfen. Wenn die städtischen Grundstücke auf Erbpacht vergeben würden und die Mietsteigerungen nach 5 Jahren klar reglementiert wären, könnte dies ein vernünftige zusätzliches Angebot für Familien mit geringem Einkommen jedoch ohne Anspruch auf eine Sozialwohnung sein. Solange jedoch fast 300.00 Sozialwohnungen fehlen, um den Bedarf decken zu können, ist das Angebot infam, weil den bedürftigen Familien eine Miete von 8 € statt 6,30 € für eine Sozialwohnung abverlangt wird. Was müsste der Senat tun?

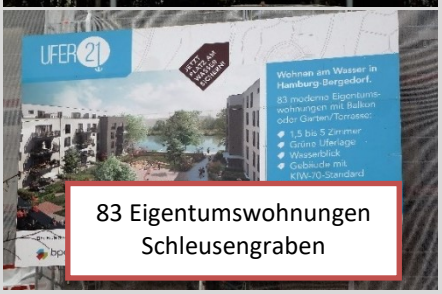
Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA GWG müsste vom Eigentümer, der Freien und Hansestadt Hamburg, gezwungen werden, auslaufende Bindungen für Sozialwohnungen zu verlängern, statt diese Wohnungen teuer auf dem freien Markt anzubieten.

- **Allen anderen Wohnungsbaugenossenschaften müsste der Rückkauf der auslaufenden Sozialbindungen angeboten werden und zwar so schmackhaft, dass diese nicht ablehnen können.**
- **Neue Sozialbindungen müssten eine sehr viel längere Laufzeit als die im Moment vergebenen bekommen, damit sie nicht schon nach 15 oder spätestens 30 Jahren als teures Angebot auf dem freien Markt auftauchen.**
- **Der Senat müsste auf städtischen Grundstücken 100%Sozialwohnungen bauen lassen oder mit einer neuen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft selber bauen, statt die Grundstücke zu verkaufen und dann nur einen Drittelmix zu fordern (je ein Drittel Eigentums-, Sozial- und frei finanzierte Wohnun- gen). Dabei ist auch der Verkauf nicht einzusehen, wo es doch auch die Möglichkeit der Erbpacht gibt. Dann bliebe die Stadt Eigentümerin!**

Fortsetzung Seite 3

Wer baut hier für wen?

94 Eigentumswohnungen
Glasbläserhöfe



83 Eigentumswohnungen
Schleusengraben

77 Eigentumswohnungen
Allermöhe

100 Eigentumswohungen
Reinbeker Redder

15 Eigentumswohnungen
Holtenklinkerstraße

Eigentumswohnungen
Reinbeker Redder

FÜR EINEN NEUEN KOMMUNALEN WOHNNUNGSBAU

In Berlin hat sich eine „Initiative neuer kommunaler Wohnungsbau“ gegründet, in der Vertreterinnen und Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ebenso wie aktive Mieterinnen und Mieter aus Stadtteil- und Kiezinitiativen sowie den Bezirksgruppen der Berliner MieterGemeinschaft e.V. zusammenarbeiten.

Die Initiative tritt für einen sozialen Wohnungsbau ein, der marktfern ist und vollständig mit öffentlichen Geldern finanziert gute Wohnungen baut, deren Mieten politisch festgelegt werden und bei dem die staatlichen Investitionen nicht den Profit privater Eigentümer mehren. (Näheres unter www.inkw-berlin.de)

Fortsetzung von Seite 2

- **In Bergedorf muss endlich das von der Bezirksversammlung beschlossene Flächenkataster erstellt werden, um abschätzen zu können, wo noch Wohnungsbau auf freien Flächen möglich ist oder z.B. in Form von Verdichtung oder Aufstockung von bestehenden Häusern mehr Wohnraum geschaffen werden kann. Erst wenn diese Flächen und Möglichkeiten alle ausgeschöpft sind, kann behutsam darüber nachgedacht werden, ob weitere heute noch landwirtschaftlich genutzte Flächen wie z.B. in Oberbillwerder bebaut werden sollen. Damit muss einhergehen die Festlegung von unbebauten Flächen, die auf ewig nicht bebaut werden sollen. Nur so verhindern wir, dass im Rahmen der „wachsenden Stadt“ irgendwann alle Grünflächen zugebaut sind und der Charakter unserer Heimat mit dem ländlichen Raum der Vier- und Marschlande endgültig gänzlich zerstört ist.**

Helmuth Sturmhoebel (parteiloser direkt gewählter Abgeordneter der Bezirksversammlung Bergedorf, Fraktion Die Linke)

„Aufstehen gegen Rassismus“

Auch in Bergedorf haben sich Demokraten unterschiedlicher politischer Gruppierungen zum Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ zusammengetan, um gemeinsam der Rechtsentwicklung in unserem Land entgegenzutreten. Das ist gerade auch in Bergedorf bitter nötig. Wir erinnern uns der Auftritte verschiedener Gruppen von Neo-Nazis in den vergangenen Jahren.

Jetzt ist es der Bergedorfer Bürgerschaftsabgeordnete Ludwig Flocken, der Schlagzeilen macht. Selbst der Alternative für Deutschland (AfD), für die er in das Stadtparlament gewählt worden ist, sind seine menschenverachtenden und beleidigenden Ausfälle gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft und Religion peinlich, so dass sie ihn aus der Bürgerschaftsfraktion drängten. Mitglied der Partei ist er aber nach wie vor.

Dieser Rechtsaußen und Rassist hat im Wahrzeichen Lohbrügges, dem Sander Dickkopp, sein Abgeordnetenbüro eingerichtet und Räume für Veranstaltungen und Schulungen angemietet. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts hat mit seiner Demonstration am 4. September gegen die Wahlparty Flockens anlässlich der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ein Zeichen gesetzt. Auch weiterhin muss Flocken und der AfD, von denen auch zwei Vertreter der Bergedorfer Bezirksversammlung angehören, von allen Demokraten gemeinsam entgegengetreten werden.

Wer den Zustrom unzufriedener Menschen zu den rechtsextremen und neofaschistischen Kräften stoppen will, muss allerdings mehr tun, als deren Demagogie entlarven. Die Unzufriedenheit hat reale Gründe. Unsichere Arbeitsplätze, niedrige Löhne und Renten, überteuerte Wohnungen, schlechte Gesundheitsversorgung, und fehlende Perspektiven für Kinder und Jugendliche, das bilden sich diese Menschen nicht ein. Daran sind aber nicht die Flüchtlinge Schuld. Das ist das Ergebnis der Regierungspolitik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen in den letzten Jahrzehnten.

Den Rassisten entgegentreten: Das ist gut. Aber ohne eine andere Politik, als sie von den SPD- oder CDU-geführten Regierungen gemacht wurde, wird das nichts werden. Massive Investitionen im sozialen Bereich - finanziert durch höhere Abgaben der Millionäre und Milliardäre, Bekämpfung der Fluchtursachen durch sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Solidarität mit den Opfern der imperialistischen Kriegspolitik: Dafür steht die DKP.

Protest am Sander Dickkopp

Auf Einladung des Hamburger Bündnis gegen rechts versammelten sich am 4. September rund 300 Menschen vor dem Sander Dickkopp um gegen eine Veranstaltung des Bergedorfer Rechtsaußen Ludwig Focken zu demonstrieren.

Dieser hat große Teile des Wasserturms als Abgeordnetenbüro und für Schulungszwecke angemietet.

Aufgefallen ist der islamophobe Orthopäde durch Teilnahme an MVGIDA-Aufmärschen der offen neofaschistischen Kameradschaftsszene aus Hassbeitraegen und am Rednerpult der Hamburger Bürgerschaft.

Trotz kurzfristiger Mobilisierung und Regenwetter haben die Bergedorfer ein starkes Zeichen gesetzt!

Ein Schulungszentrum für Neonazis und Pegidas ist hier nicht erwünscht und die Vorgänge dort werden auch in Zukunft nicht aus den Augen verloren.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir möchten uns mit einem Anliegen an Euch wenden.

Die DKP hat beschlossen, im nächsten Jahr zur Bundestagswahl anzutreten. Voraussetzung für die Einreichung einer Landesliste in Hamburg ist es, 1500 „Unterstützerunterschriften" beizubringen. Um diese Unterstützung möchten wir Euch bitten.

Druckt bitte das im Anhang befindliche Formular aus, füllt es aus, unterschreibt es und schickt es an folgende Adresse: **DKP Bergedorf, c/o Magda-Thürey-Zentrum, Lindenallee 72, 20259 Hamburg.**

Vielleicht erleichtert es Euch, die Kandidatur zu unterstützen, wenn wir versichern:

Unsere Partei wird wohl nicht die nächste Kanzlerin stellen. Auch dass sie im nächsten Bundestag vertreten sein wird, ist eher unwahrscheinlich.

Warum kandidieren wir dann? Wir finden es gut und richtig, wenn den Menschen die Möglichkeit gegeben wird, dem Kapital ihre Stimme zu verweigern und, anstatt nicht wählen zu gehen, dieses mit Ihrer Stimmabgabe deutlich machen können. Wir wollen:

- Frieden statt der ständigen Kriege der „westlichen Wertegemeinschaft" und der Gefahr von noch größeren Kriegen,

- soziale Gerechtigkeit statt der Bereicherung einer Minderheit und der Verarmung von immer mehr Menschen in Deutschland und in der Welt,

- nachhaltige Entwicklung statt Verwüstung der Welt für noch mehr Profit,

- mehr Demokratie statt immer mehr Überwachung durch die Geheimdienste,

- dass der Faschismus bekämpft statt heimlich gefördert wird.

Und wir wollen den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Stimme einer Partei zu geben, die nicht vor der Wahl als Tiger losspringt und nach der Wahl als Bettvorleger des Kapitals landet. Und das können wir für unsere Partei mit gutem Gewissen versprechen.

Danke für Eure Unterstützung

DKP Bergedorf

Unsere Kandidaten zur Bundestagswahl

Olaf Harms, ehrenamtlicher verdi-Vorsitzender Hamburg,

Esther Bejarano, Hamburger Ehrenbürgerin und international anerkannten Antifaschistin,

Udo Spengler aus Groß Borstel, Gesamtschullehrer i.R,
sowie **Manfred Sasse** aus Altona (ohne Bild)

Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Gruppe Bergedorf
Telefon: 0157 533 719 55
e-mail:dkp-bergedorf@t-online.de
www.dkp-hamburg.de
V.i.S.d.P. Uve Merz
Magda-Thürey-Zentrum
Lindenallee 72, 20259 Hamburg
Konto für Spenden: Haspa
DE29 2005 0550 1226 1209 29
Stichwort: **Bergedorfer Utsichten**

An dieser Zeitung wirkten mit:
P. Gohl, U.Merz, V.Merz
W. Harland, H. Dittmar

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Straf sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll müssen töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen' s erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht (1898-1956)

Mit diesem Text von Bertolt Brecht verabschieden sich die Bergedorfer Utsichten und die DKP Bergedorf für das Jahr 2016. Allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern und Freunden wünschen wir für das Jahr 2017 viel Lebensfreude, Gesundheit, Humor und – Widerständigkeit.